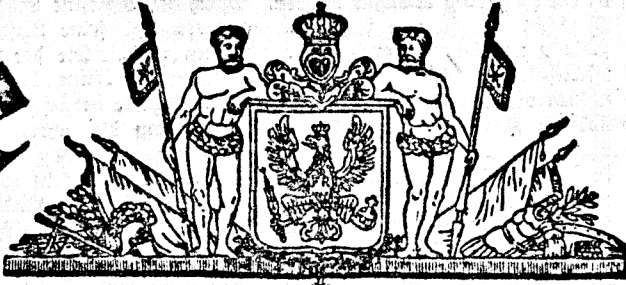


# Vossische



# Zeitung

Begründet

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint zweimal täglich (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“ Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau Wissenschaftliche Sonntags Beilage Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei täglicher Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder vierteljährig 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 80 Pf. u. 40% Teuerungszuschlag Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Ausnahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

## Die Notregelung der Reichsgewalt.

### Das Wahlergebnis für Berlin.

Bis 10 Uhr abends lag das Wahlergebnis noch nicht vollständig vor, es fehlen noch 32 Stimmbezirke.

Bislang wurden gezählt 957 915 gültige und 2151 ungültige Stimmen. Für die Demokratische Partei wurden 144 353 Stimmen abgegeben, für die sozialdemokratische Mehrheitspartei 332 786 Stimmen, für die Unabhängigen 267 750 Stimmen, für die Deutsch-nationale Volkspartei 98 364 Stimmen, für die Christliche Volkspartei 51 601 Stimmen und für die Deutsche Volkspartei 51 082 Stimmen. Nach der vorläufigen Berechnung der Wahlbüros würden auf die

Mehrheitssozialisten	7 Sitze,
Unabhängigen	6 „
Demokraten	3 „
den Rechtsblock	5 „

entfallen, von denen Deutsch-nationale und Christliche Volkspartei je 2 und die Deutsche Volkspartei 1 Sitz erhalten würden. Es ist jedoch anzusehen, dass die noch fehlenden Ergebnisse noch eine Verschiebung herbeiführen könnten, das die Mehrheitssozialisten 8 Sitze und dem Rechtsblock nur 4 Sitze zufallen. (Siehe auch vierte Seite.)

### Das Schicksal der deutschen Kolonien.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

Haag, 27. Januar.

Dem „Holländisch Nieuwsbureau“ wird aus Paris gemeldet: Der Oberste Rat war heute, am 27. Januar, um 10 Uhr 30 Min., zur Beratung über das Schicksal der deutschen Kolonien versammelt. Es wurde einig, dass die Kolonien auf keinen Fall an Deutschland zurückgegeben werden dürfen, und zwar mit der Begründung, dass keine A-Basis geschaffen werden soll. Die Ansicht Amerikas ist noch unbekannt. Falls aber die Auffassung der französischen und britischen Delegation von den anderen unterstützt wird, so würde Frankreich, wie es heißt, Anspruch auf Kamerun erheben, während Belgien die Gebiete für sich beanspruchen würde, die seine Truppen erobert haben, und zwar wünscht es Sahara, das Gebiet auf dem westlichen Abhang des Viktoria Nyassa, und einen Teil der westlichen Uferzone des Kongo. Da das letztgenannte Gebiet Portugal gehört, so würde Portugal Entschädigungsansprüche stellen.

Wir stehen dieser Meldung noch skeptisch gegenüber, möchten aber schon heute bemerken, dass für die Entscheidung der Friedenskonferenz alle Vorabmachungen der Entente wertlos sind, denn die deutschen Vertreter werden hoffentlich niemals einen Frieden unterschreiben, der einen Diktatfrieden bedeuten würde. Deutschland hat kein Waffenstillstandsangebot unter der Bedingung gemacht, dass ein Rechtsfrieden nach Maßgabe der Wilsonschen Punkte geschlossen würde. Auf die durch die obige Meldung angeschnittenen Fragen werden wir noch ausführlicher zurückkommen.

### Die Polen an der brandenburgischen Grenze.

\* Sülthaus, 27. Januar.

Die Polen rücken systematisch gegen die brandenburgische Grenze vor. Es ist anzunehmen, dass sie in den nächsten Tagen versuchen werden, die Bahn Bentschen-Schwiebus zu stören. Bomst und Unruh sind noch weiter von ihnen besetzt, ebenso Rörkin unmittelbar vor unseren Linien. Es wäre sehr erwünscht, wenn man einen Uebergang auf brandenburgisches Gebiet durch Verstärkung des Grenzschutzes durch Infanterie verhindern würde. Besonders besteht der Wunsch, dass auch ein Panzerzug hierherkomme.

Gegen die polnische Vergewaltigung in Lauenburg hat der Kreisrat des Kreises Bützow gemeinschaftlich mit dem Arbeiter- und Soldatenrat und den Organisationen der sozialdemokratischen Partei, der Deutschen Demokratischen Partei, der Christ-

lichen Volkspartei und der Deutsch-nationalen Volkspartei telegraphischen Protest an die Reichsregierung und das preussische Ministerium des Innern gerichtet. Im Namen der Regierung hat darauf Staatssekretär Graf Brodowski-Rankau geantwortet: „Der polnische Begehrt wird von Seiten der Reichsregierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegengetreten werden. Ich werde nichts unversucht lassen, um die Zugehörigkeit aller überwiegend deutschen Landestteile zu dem Deutschen Reich zu erhalten und die Anmassungen des Gegners zurückzuweisen.“

### Ein provisorischer Präsident?

An der Spitze der provisorischen Reichsgewalt, deren Einsetzung nach dem Beschluss des bundesstaatlichen Ausschusses der Nationalversammlung vorgeschlagen werden soll, soll, wie wir hören, ein vorläufiger „Reichspräsident“ stehen.

Die von der Reichskonferenz eingesetzte Kommission ist gestern spät abends zu einem Beschluss gekommen. Das von ihr fertigestellte Verfassungsnotgesetz wird heute vormittag dem Kabinett vorgelegt. Wie wir hören, handelt es sich um einen ganz kurzen Entwurf, der aus neun Paragraphen besteht. Der Entwurf des Staatssekretärs Preuß ist von der Kommission einstweilen überhaupt nicht beraten worden, sondern wird erst den Gegenstand späterer Verhandlungen bilden.

Die entscheidende Kabinettsitzung über das Verfassungsnotgesetz wird heute um 10 Uhr vormittags beginnen. Das Notgesetz dürfte heute abend oder spätestens morgen früh veröffentlicht werden. Schon daraus geht hervor, dass das Kabinett mit der Beratung an einem Tage fertig zu werden glaubt.

Die Regierungsvertreter der deutschen Freistaaten haben gestern den Verfassungsentwurf des Staatssekretärs Preuß besprochen. Die Sitzung ist auf Donnerstag nachmittags vertagt worden, weil zahlreiche Teilnehmer nach Weimar fahren mussten, um dort eine Zusammenkunft der deutschen Finanzminister wahrzunehmen.

Gestern fand im Reichskanzlerhaus eine eingehende Besprechung der Reichsregierung mit den Staatssekretären über die Friedenskonferenz statt. Es wurde über die Vorbereitungen berichtet und den Stand der umfangreichen Vorarbeiten für die einzelnen Verhandlungsgebiete. Es herrschte Einmütigkeit darüber, dass die gesamten Verhandlungen beim Auswärtigen Amt konzentriert werden müssen und dass die enge Beteiligung der übrigen Reichsstellen durch eine tägliche Konferenz der Staatssekretäre gewährleistet werden soll. Auch die fortlaufende genaue Unterrichtung der Bundesstaaten wurde in den Kreis der wichtigsten Aufgaben einbezogen. Die Personfrage wird in den nächsten Tagen im engsten Kreise von der Reichsregierung beraten und entschieden werden.

### Weimarer Hufakt.

Der Eröffnung der Sitzung der Nationalversammlung in Weimar am 6. Februar werden bereits vom 4. Februar ab Vorbereitungen und Fraktionsitzungen vorangehen. Am Dienstag versammelt sich bereits die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion zu ihrer konstituierenden Sitzung.

Die auswärts verbreiteten Meldungen, in Weimar drohe eine Ueberfüllung wegen der bevorstehenden Nationalversammlung, sind unbegründet. Es sind in zwei Tagen bis jetzt schon Unterbringungsgelegenheiten für 3000 Personen bereitgestellt, so dass, soweit die an der Nationalversammlung unmittelbar beteiligten Reichsstellen durch eine tägliche Konferenz der Staatssekretäre gewährleistet werden soll. Auch die fortlaufende genaue Unterrichtung der Bundesstaaten wurde in den Kreis der wichtigsten Aufgaben einbezogen. Die Personfrage wird in den nächsten Tagen im engsten Kreise von der Reichsregierung beraten und entschieden werden.

Wie eine Lokalcorrespondenz meldet, ist dem Berliner Freiwilligen-Regiment Reinhard der Schutz der Nationalversammlung in Weimar übertragen worden. Zwei Bataillone des Regiments werden bereits in den nächsten Tagen nach Weimar entsandt und dort untergebracht werden. Die Truppe soll dort der Regierung zur freien Verfügung stehen.

### Die landwirtschaftlichen Arbeiter

Von

Scheimrat Prof. Dr. Bachhaus, Berlin.

Für den Wiederaufbau und die weitere Erhebung der deutschen Landwirtschaft ist die Beschaffung der nötigen Arbeitskräfte die größte Sorge. Ueber eine Million kräftiger Männer aus dem ländlichen Berufsstand sind auf dem Felde der Ehre geblieben. Eine ebenso große Zahl ist kriegsbeschädigt oder doch an Körper und Geist durch den Krieg benachteiligt worden. 1 1/2 Millionen Kriegsgefangene, die eine gewisse Aushilfe boten, sind abgezogen. Eine halbe Million Landarbeiter aus dem Osten kommen vielleicht infolge der veränderten Verhältnisse nicht mehr wieder. Die Löhne sind im allgemeinen bedeutend gestiegen, die Leistungen gesunken. Diesen Mängeln stehen bedeutende Anforderungen gegenüber, indem die Landwirtschaft unsere Volksernährung sichern soll. In den vier Jahren des Krieges ist nur das allernotwendigste an landwirtschaftlichen Arbeiten ausgeführt worden. Verbesserungen an Feld, Gebäude und Inventar sind unterblieben. Die Acker sind vielfach verunkrautet, die Wiesen nicht entwässert, der Wald nicht gepflegt. Nun soll aber Ob- und Anland urbar gemacht werden. Es sollen Ent- und Bewässerungen ausgeführt, Wege und Feldbahnen gebaut, Wirtschaftsgebäude und Wohnungen errichtet werden. Der Anbau intensiverer Kulturpflanzen, wie Hackfrüchte, Ölpflanzen, Gemüse, Obst, soll vermehrt werden. Die landwirtschaftlichen Produkte sollen besser zur Verwertung für Nahrungsmittel hergerichtet werden. Die Düngung und Bearbeitung des Bodens, die Pflege und Ernte der Kulturpflanzen soll verbessert werden. Alles dies erfordert bedeutende Mehrarbeit. Als Schwierigkeit kommt hinzu, dass in der Landwirtschaft der Arbeitsbedarf ein sehr ungleicher ist, bedingt durch die Jahreszeiten und das Wetter. Am meisten hat man seither diese Ungleichheit belämpft durch die Sadengänger oder Wanderarbeiter. Auch in Zukunft wird man nach Gegenden mit intensiver Landwirtschaft für die arbeitsreicheren Zeiten saisonweise Kräfte aus anderen Gegenden heranziehen müssen. Im allgemeinen ist dies aber keine günstige Lösung der Arbeiterfrage. Viel richtiger ist eine Schaffung von Arbeitern und die Schaffung eines Ausgleiches durch Wirtschaftsförderung, indem man auch für den Winter Arbeitsgelegenheit schafft, nötigenfalls Kulturen, die eine Häufung des Arbeitsbedarfes in kurzen Zeiträumen bedingen, einschränkt und dafür andere heranzieht. Die Verbindung des Ackerbaues mit Viehzucht und technischen Nebengewerben ist ein weiteres Hilfsmittel zum Ausgleich. Würde man allgemein in der deutschen Landwirtschaft die oben erwähnte Intensivsteigerung vornehmen, wie es zur Sicherstellung unserer Volksernährung geboten ist, so würde man 2 bis 3 Millionen neue Arbeitskräfte einstellen müssen.

Betrachtet man gegenüber dieser Arbeitsnot die Sorgen der Städte und der Industrie, so bietet sich das entgegengesetzte Bild. Durch die Demobilisierung und Einstellung der Rüstungsindustrie, durch die Unmöglichkeit, Handel und Industrie wie früher betreiben zu können, weil es an Rohstoffen und Absatz im Auslande fehlt, werden Tausende und Millionen arbeitslos. Der Gedanke der Auswanderung wird jetzt schon wieder erwogen, ähnlich wie nach den Napoleonischen Kriegen und nach 1870/71 eine starke Auswanderung einsetzte. Es würde dies nur dem Wunsche unserer Feinde entsprechen.

Bei dieser Sachlage ist doch der Ausgleich zwischen Stadt und Land das einzig richtige. Allerdings wird man zunächst auf beiden Seiten mancherlei Schwierigkeiten zu überwinden haben. Der städtische Arbeiter scheut die längere Arbeitszeit, die niederen Geldlöhne und die primitiven Wohnungen des Landes. Die ländlichen Arbeitgeber aber fürchten vor allen Dingen, dass es den städtischen Arbeitskräften an Fertigkeit für ländliche Arbeiten fehlt, dass sie ihren Ansprüchen nicht genügen können und Elemente der Unzufriedenheit heranziehen. Demgegenüber muß man beiden Parteien die Notwendigkeit des Umlernens infolge des entsehrlichen Krieges und seines traurigen Endes betonen. Im Schlingengraben und in der Steppe haben in vier Jahren viele Krieger sich mit dem Landleben angefreundet. Die Frauen und Kinder, die überall so wacker in die Arbeitsgebiete der Männer eingesprungen sind, werden sich ebenfalls für einen anderen Beruf eignen. Die städtische Lebensmittelpnot und die dadurch bedingten Hamsterfahrten haben eine Sehnsucht nach dem Lande erzeugt. Es sind sehr viele städtische Elemente, die vom Lande stammen und gern wieder dahin zurückkehren, auch noch eine gewisse Kenntnis der dortigen Arbeiten besitzen. Von Seiten der städtischen und industriellen Behörden und namentlich von den Arbeitsnachweisen muß die stärkste Propaganda für die ländlichen Berufe betrieben werden. Es ist falsch, hier immer gleich an eine Kolonisation und Ansiedlung zu denken. Selbst wenn die betreffenden Elemente im Besitz des nötigen Kapitals sind, um sie besser, zunächst eine Zeitlang als Arbeiter im Klein- oder Großbetrieb Beschäftigung zu suchen. Sie können sich hier schon eine